

## **Bio-Fleisch auf dem Rückzug? Öffentliche Hand schwächelt bei Tierwohl und nachhaltiger Beschaffung**

Der Bio-Anteil in öffentlichen Einrichtungen sollte 2025 bei 30 Prozent liegen, doch neue Zahlen zeigen: Viele Ministerien verfehlen die Quote – oder wissen nicht einmal, wie viel Bio-Fleisch sie einkaufen. Besonders brisant: Die Justizanstalten steigen aus der nachhaltigen Beschaffung aus. Was bedeutet das für die Fleischbranche?



*Kein Bio-Fleisch mehr auf den Tischen der Justizanstalten. Aus Kostengründen werden keine biologischen Lebensmittel mehr eingekauft. © Pixabay*

Öffentliche Beschaffung unter Druck: Warum **Bio-Fleisch** und Tierwohl in Ministerien auf der Strecke bleiben  
Wien. Der **naBe-Aktionsplan** der Bundesregierung sollte die nachhaltige öffentliche Beschaffung stärken und den Absatz heimischer Bio-Betriebe sichern. Ziel war es, bis 2025 einen Bio-Anteil von 30 % bei Lebensmitteln in Bundesstellen zu erreichen

- darunter auch Bio-Fleisch mit klaren Tierwohl-Kriterien. Doch aktuelle Zahlen aus parlamentarischen Anfragen und Ministerien zeigen: Die Umsetzung stockt, einige Ressorts weichen sogar offen von den Vorgaben ab.

## **Bio-Fleisch im Rückwärtsgang: Justizanstalten stoppen Einkauf**

Ein besonders alarmierendes Beispiel liefert das **Justizministerium**. Wie **Der Standard** berichtete, wurde Anfang 2025 ein internes Rundschreiben an sämtliche Justizanstalten verschickt. Die Anweisung: Aus Kostengründen sollen keine biologisch erzeugten Lebensmittel mehr beschafft werden. Das betrifft auch Fleischprodukte - und sendet ein fatales Signal an Bio-Bauern und die gesamte Fleischbranche. Laut offizieller **Anfragebeantwortung** durch Bundesministerin Anna Sporrer liegt der Bio-Anteil in den Justizanstalten nicht vor. Die Lebensmittelbeschaffung erfolgt teils über Rahmenverträge der BBG, teils durch Eigenproduktion. Der Anteil an GVO-frei gefüttertem Fleisch beträgt laut Ministerium mindestens 58 %, zertifiziertes Bio-Fleisch ist jedoch nicht ausgewiesen. Bei rund 8,5 Mio. Euro Auszahlungen bis Mai 2025 bleibt unklar, wie viele Produkte Tierwohl-Kriterien erfüllen.

### **☐☐ Tabelle: Auszahlungen 2025 je Justizanstalt**

Justizanstalt/FT	2025 (in Tsd. €)	2026 (in Tsd. €)	Auszahlungen bis 22.5.2025 (in Tsd. €)
GD/Zentralkredit	8346	4322	18
Josefstadt	2250	2250	1081
Korneuburg	482	482	252
Krems	333	333	96
St. Pölten	570	570	242
Wr. Neustadt	321	321	166
Eisenstadt	338	338	144
Linz	447	447	200

Justizanstalt/FT Z	2025 (in Tsd. €)	2026 (in Tsd. €)	Auszahlungen bis 22.5.2025 (in Tsd. €)
Ried	137	137	70
Asten	1069	1069	725
Wels	263	263	123
Salzburg	550	550	279
Graz-Jakomini	994	994	460
Leoben	290	290	161
Klagenfurt	648	648	313
Innsbruck	990	990	407
Feldkirch	245	245	115
Favoriten	291	291	110
Mittersteig	280	280	119
Gerasdorf	171	171	91
Göllersdorf	376	376	156
Simmering	793	793	304
Stein	1710	1710	967
Schwarzau	333	333	146
Hirtenberg	663	663	342
Sonnberg	760	760	374
Garsten	674	674	318
Suben	529	529	278
Karlau	849	849	451

## Kulturministerium: wenig Volumen, kaum Daten

Auch im Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS) gibt es Probleme bei der Nachvollziehbarkeit. 2025 wurden bis Juni nur 44.000 Euro für Lebensmittel ausgegeben – vor allem für Veranstaltungen. Eine zentrale Kantine existiert nicht. Bio- oder Tierwohlquoten konnten aufgrund fehlender Datenstrukturen nicht erhoben werden. Minister Andreas Babler betont die Mitarbeit am naBe-Fachausschuss – jedoch fehlt auch hier ein funktionierendes Monitoring. Hier die **offizielle Antwort des Vizekanzlers**.

## **Kritik aus Politik und Branche: naBe-Ziele gefährdet**

Olga Voglauer, Landwirtschaftssprecherin der Grünen, zeigt sich angesichts der mangelhaften Umsetzung alarmiert: „Die Fortschritte zu mehr Tierwohl und Bio in der öffentlichen Beschaffung sind marginal. Mit diesem Schneckentempo wird man die selbst gesetzten Ziele nicht erreichen.“ Auch Bio Austria warnt, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion habe – und mit ihrer aktuellen Praxis das Vertrauen in den naBe-Aktionsplan untergrabe.

Besonders kritisch: Laut Angaben des Justizministeriums stammen etwa 12–14 % der Fleischprodukte in den Anstalten aus Eigenproduktion. Diese Produkte entsprächen in ihrer Qualität weitgehend Bio-Standards – sie seien jedoch nicht zertifiziert. Damit entfällt nicht nur die Prüfbarkeit, sondern auch die Signalwirkung für den Markt.

## **Gefahr für die Fleischbranche: Weniger Absatz, weniger Sicherheit**

Für die österreichische Fleischbranche ist diese Entwicklung ein Warnsignal. Die öffentliche Hand als Großabnehmer fällt als verlässlicher Partner für Bio-Fleisch zunehmend weg. Auch bei Schweinefleisch greifen viele Ministerien nicht auf Angebote mit höheren Tierwohlstandards zurück. Stattdessen bleibt es bei unklaren Zahlen, fehlenden Kennzeichnungen und Rückschritten beim Einkauf.

Der Einzelhandel zeigt, dass es anders geht: Dort liegt der Bio-Fleischanteil bei etwa zwölf Prozent. Die öffentliche Beschaffung hingegen dümpelt bei unter drei Prozent dahin – obwohl gerade sie laut naBe-Aktionsplan als Hebel für mehr Tierwohl und regionale Wertschöpfung gedacht war.

## **Der Anspruch war groß – die Umsetzung bleibt klein**

Der naBe-Aktionsplan sollte zeigen, dass nachhaltige Landwirtschaft und verantwortungsvoller Konsum keine Nischenprojekte sind. Doch ausgerechnet in Justizanstalten und Ministerien fehlt es an Transparenz, Systematik und politischem Willen. Für Bio-Betriebe und tierwohlorientierte Fleischereien bedeutet das: Weniger Planungssicherheit, weniger Absatzchancen – und ein deutliches politisches Versäumnis.

**Besuchen Sie uns auf: [fleischundco.at](http://fleischundco.at)**